

Wirtschaft und Politik

Subventionen von Auslandsinvestitionen werden gekürzt

BUDAPEST (owr/gtai)–Ungarn will die Subventionen für Auslandsinvestitionen (FDI) stark straffen. Der im Wirtschaftsministerium für Außenwirtschaftsfragen zuständige Staatssekretär Zsolt Becsey hat die geplanten Maßnahmen der Öffentlichkeit vorgestellt. Gleichzeitig kämpft Ungarn um die Rückgewinnung des Vertrauens von Investoren, das durch die unvorbereitete Einführung sektoraler Krisensteuern stark angeschlagen ist. Als Standort wollen die Magyaren künftig durch niedrige Steuern und wirtschaftliche Stabilität punkten.

Investoren müssen zukünftig Local Content nachweisen

Staatliche FDI-Subventionen und Steuernachlässe sollen künftig nur dann in Frage kommen, wenn der potenzielle Investor garantiert, dass sein Engagement in hohem Maße inländische Zulieferungen mit einbezieht und auf lange Sicht getätigt wird. Konkrete Angaben zur anvisierten Produktion vor Ort (Local Content) hat Becsey nicht gemacht. Auch auf die Zahl der als Zulieferer einbezogenen ungarischen Unternehmen soll abgestellt werden sowie auf die schnelle Amortisation staatlicher FDI-Subventionen in Form höherer Steuereinnahmen. Ein wichtiges Kriterium seien unter anderem auch die von den Investoren geplanten Ausbildungsmaßnahmen. Hier setzt die Regierung auf das duale Ausbildungssystem und Kooperationen mit den Universitäten.

Pro neu geschaffenen Arbeitsplatz werde der Förderbetrag durchschnittlich bei 5 Mio HUF (rund 18.500 EUR) liegen. Früher habe es Fälle gegeben, in denen dafür bis zu 15 Mio HUF ausgegeben worden seien. Einen durchschnittlichen Förderanteil an den Investitionskosten von 22%, wie 2004, werde es nicht mehr geben. Becsey nennt als Grenze künftig 5%. In den Standortwettbewerb will Ungarn mit einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld und erheblichen Steu-

ensenkungen gehen, die schon im vergangenen Jahr gestartet worden sind. Für Unternehmen aller Größenordnungen soll der auf 10% reduzierte Körperschafts-Steuersatz ab 2013 zum Tragen kommen. Berechnungen der Regierung zeigten, so Becsey, dass große ausländische Unternehmen in Ungarn durch die verschiedenen Begünstigungen ohnehin im Schnitt nur 9,9% an Steuern gezahlt hätten. Für neun Investitionen würden die Förderverträge gegenwärtig unter die Lupe genommen. Für 26 neue Projekte befänden sich die Verhandlungen über eine Förderung schon in weit fortgeschrittenem Stadium.

Der Minister für Nationalökonomie, György Matolcsi, stellte im Februar zum geplanten Großvorhaben von Audi in Győr fest, dass es dafür noch keine Regierungsentscheidung über eine Förderung gebe. Allerdings hatte es Gerüchte gegeben, dass die VW-Tochter nur Subventionen in Höhe von 40 Mio EUR bekomme, was deutlich weniger wäre, als die Konkurrenten Daimler und GM für ihre Großinvestitionen in dem osteuropäischen Land. Nach Aussage von Matolcsi sei nur sicher, dass Audi Prioritätsstatus habe, was vereinfachte Genehmigungsverfahren mit sich bringen würde.

Das Vertrauen ausländischer Investoren muss sich Ungarn nach den im Hau-Ruck-Verfahren und rückwirkend eingeführten Krisensteuern auf die Umsätze von Telekom-, Energie- und Einzelhandelsunternehmen erst noch zurückerobern. Regierungsvertreter versichern seitdem zwar, dass die Befristung bis Ende kommenden Jahres feststeht; danach könnte es aber zu einer permanenten Differenzierung in der Unternehmensbesteuerung kommen, wenn auch mit geringerer Spannweite als derzeit. Bei der Bankenabgabe will sich Ungarn danach an das europäische Niveau anpassen, wie Matolcsi vor ausländischen Firmenvertretern Anfang Februar in Aussicht stellte. Letztes Jahr

hatte Ungarn eine auf die Bilanzsumme der Banken berechnete Abgabe eingeführt, zu einem Satz, der um mehr als das Dreifache über dem Niveau in anderen EU-Ländern liegt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht darin weiterhin „de facto einen enteignungsgleichen Eingriff“, da auch Banken betroffen seien, die mit Verlusten arbeiten. Diese neuen Lasten könnten das Wirtschaftswachstum dämpfen.

Auslandsinvestitionen sind dringend nötig

Der Wirtschaftsminister betonte, dass Ungarn Auslandsinvestitionen dringend brauche. Sie sollen nicht zuletzt dazu beitragen, dass sich der Investitionsanteil am BIP von 2010 nur rund 17% bis Ende 2013 auf 22 bis 23% erhöht. Grundlage für das Investitionswachstum ist der sogenannte Neue Szechenyi Plan, der unter anderem die Verteilung der EU-Fördermittel auf Investitionsvorhaben regelt. Der von der Regierung bevorzugte Bereich ist das produzierende Gewerbe; nicht erwünscht sind dagegen Auslandsengagements im Dienstleistungssektor. Allerdings gibt es Ausnahmen: So nennt Becsey die Bereiche Gesundheit, Umwelt, Transport und das Vermieten von Wohnungen. Ausschlaggebend für die Gewährung von Investitionshilfen soll dabei sein, ob in den entsprechenden Marktsegmenten bereits ein ausreichendes Angebot ungarischer Unternehmen vorhanden ist. Diese sollen nach dem Willen der Regierung offensichtlich vor Konkurrenz geschützt werden.

Für den Zufluss an Auslandsinvestitionen liegen die Prognosen des IWF weiterhin nur bei annähernd 1,7 Mrd EUR für dieses Jahr. In den beiden Vorjahren hatte der Zufluss laut IWF-Erfassung jeweils bei rund 1,5 Mrd EUR gelegen. Auf mittlere Sicht dürfte sich dieser Zufluss lediglich auf gut 2 Mrd EUR jährlich erhöhen.